

Nachlese zur

Enquete „Dialog zum Gewaltschutzpaket“ 12. Dezember 2019, Wiener Rathaus

Im Auftrag der Stadt Wien organisierte der Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen gemeinsam mit dem Frauenservice Wien und der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft eine Enquete zum Gewaltschutzpaket, im Rahmen derer eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem im Herbst 2019 im Nationalrat beschlossenen Gewaltschutzpaket stattfand.

Die Geschäftsführerin des Dachverbands **Sandra Frauenberger** begleitete durch den Vormittag, der mit Statements von Vertreter*innen der involvierten Ressorts der Wiener Landesregierung begann.

In Vertretung der StRⁱⁿ für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál betonte GRⁱⁿ **Martina Faymann-Ludwig** als Vorsitzende des Vereins Wiener Frauenhäuser die Wichtigkeit des Frauenschutzes. Sie forderte Korrekturen des Gewaltschutzpakets zu vier konkreten Punkten: bei der Anzeigepflicht, die in der derzeitigen Form zu Verunsicherung führt; hinsichtlich Schulungen der Justiz; zu einer effizienten, opferschutzorientierten Täterarbeit und zu zusätzlichen Opferschutzplätzen, verbunden mit der entsprechenden finanziellen Dotierung, die für Prävention und Opferschutz notwendig ist.

GRⁱⁿ **Marina Hanke** vertrat den StR für Bildung, Integration, Jugend und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky und wies auf die Kritik zahlreicher Expert*innen zum Gewaltschutzpaket hin, das sie selbst als ambivalent beschrieb. Positiv hob sie Verbesserungen im Opferschutz, für Kinder und Jugendliche sowie hinsichtlich Cybermobbings hervor, kritisch bewertete sie insbesondere die Strafverschärfungen für junge Erwachsene, die in die falsche Richtung gingen. Wichtig wären Maßnahmen für mehr Resozialisierung und Prävention, vor allem im Umgang mit Jugendkriminalität. Auch sie betonte die Notwendigkeit einer adäquaten Finanzierung von Begleitmaßnahmen.

Peter Hacker, StR für Soziales, Gesundheit und Sport und Präsident des Dachverbands Wiener Sozialeinrichtungen, bedankte sich beim Dachverband und den Partner*innen für die Organisation der Enquete und zitierte den ehemaligen Justizminister Christian Broda, der unter dem Motto „Helfen statt strafen“ eine große Strafrechtsreform in den 70er Jahren einleitete. Er erläuterte, dass das Ignorieren von knapp 60 kritischen Stellungnahmen sowie der Eingriff in zwölf Berufsgesetze ihn zur Initiierung der Enquete bewogen hatten, die durch die Inputs von zahlreichen Expert*innen zu einer konstruktiven Diskussion beitragen soll. Er versprach, gemeinsam mit seinen Kolleg*innen aus der Landesregierung die Erkenntnisse der Enquete politisch weiterzutragen.

Den Auftakt zur Auseinandersetzung mit den Inhalten des Gewaltschutzpakets machte die Keynote von Mag. **Christian Pilnacek**, Sektionschef der Sektion IV Strafrecht aus dem Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz. Er stellte die Eckpunkte vor (s. Anlage), betonte die Intention der Stärkung von Opferschutz und Prävention und konzidierte, dass er sich für manche Aspekte mehr Zeit und Einbindung von Expert*innen gewünscht hätte. Am Ende seines Vortrags appellierte er daran zu versuchen, die positiven Ansätze des Gewaltschutzgesetzes zu nutzen und in der praktischen Umsetzung mit Leben zu erfüllen.

Zu personalpolitischen Auswirkungen des Gewaltschutzpaketes und der Umsetzung in Wien nahm die Personaldirektorin der Stadt Wien Drⁱⁿ **Martina Schmied** Stellung. Sie betonte die Aufgabe der Stadt, die Mitarbeiter*innen bei der Umsetzung des Gesetzes zu unterstützen und nicht alleine zu lassen. Abgesehen von den Gesundheitsberufen sind noch zahlreiche andere Berufsgruppen von diesem Gesetzespaket betroffen – insbesondere jene, die in unmittelbarem Kontakt zu Opfern von Gewalt und Missbrauch stehen und für deren Arbeit das Vertrauensverhältnis zu den betroffenen Personen zentral ist.

Organisationseinheiten wie der Wiener Krankenanstaltenverbund, die MA 11, MA 13 und der Fonds Soziales Wien haben für 2020 bereits umfassende Vorbereitungen für Fortbildungen und Schulungen von Mitarbeiter*innen und Führungskräften getroffen, die die Sensibilisierung und das Empowerment der Mitarbeiter*innen in den Fokus stellen. Als Personaldirektorin der Stadt Wien ist sie stolz darauf, wie professionell, vorausschauend und sensibel die Unterstützungsmaßnahmen für Mitarbeiter*innen der Stadt vorbereitet werden.

Nach den beiden Keynotes gab es für die Teilnehmer*innen an der Enquete die Möglichkeit zum Austausch mit Expert*innen in drei themenbezogenen Fokusrunden. Für den Bereich Gesundheit und Soziales leiteten Mag.^a (FH) **Tanja Wehsely**, Geschäftsführerin der Volkshilfe Wien, **Bianca Groß**, MAS, als Vertreterin des Fonds Soziales Wien sowie Dr. **Harald Stefan**, MSc vom Wiener Krankenanstaltenverbund die Fokusrunde.

Dr.ⁱⁿ **Marion Gebhart**, Abteilungsleiterin Frauenservice Wien, und Mag. **Sinisa Jovanovic** von der Landespolizeidirektion Wien brachten ihre Expertise in die Fokusrunde Frauen ein. Der Bereich Bildung, Kinder und Jugendliche wurde von Dunja **Gharwal**, Kinder- und Jugendanwältin der Stadt Wien, sowie Bildungsdirektor Mag. Heinrich **Himmer** vertreten.

Alle Teilnehmer*innen hatten die Möglichkeit, an zwei Fokusrunden teilzunehmen, bevor die Expert*innen im Plenum gemeinsam mit Moderatorin Sandra Frauenberger die essenziellen Aspekte der jeweiligen Diskussionen reflektierten.

Im **Bereich Gesundheit und Soziales** wurde diskutiert, dass die neue gesetzliche Regelung in dieser Form von Dienstgeber*innen nicht implementiert werden kann und es einer Novellierung bedarf. Daraus wurden Empfehlungen abgeleitet, nämlich die detailliertere Beleuchtung und Definition der Pflichten (Anzeige-, Melde- und Verschwiegenheitspflichten), die stärkere Berücksichtigung des Opferschutzes, Überlegungen zur Finanzierung und zur Bereitstellung der benötigten Personalressourcen sowie die Definition von Leitlinien zur umfassenden Dokumentation aller Vorkommnisse.

Die **Fokusrunde Bildung, Kinder und Jugendliche** diskutierte ebenfalls die Wichtigkeit des Opferschutzes wie auch der adäquaten Täter*innenarbeit oder den erweiterten Strafrahmen für junge Erwachsene, der problematisch gesehen wird. Gezielte genderspezifische Arbeit wie das Empowerment von Mädchen oder das Rollenverständnis wurden wie die notwendigen Weiterbildungen für alle involvierten Berufsgruppen thematisiert.

Die Hauptdiskussionen in der **Fokusrunde Frauen** drehten sich um die Themen Opferschutz, Fallkonferenzen, den nötigen Ausbau von Opferschutzeinrichtungen und den Umgang der Polizei mit den neuen Rahmenbedingungen. Auch in dieser Gruppe wurden die notwendigen Fortbildungen für alle Berufsgruppen thematisiert.

StR Peter Hacker bedankte sich in seinem Abschlussstatement für die engagierten Diskussionen und die neuen Erkenntnisse, die daraus entstanden. Aus seiner Sicht wurde das Ziel der Enquete damit vollständig erfüllt. Er versprach entsprechende Abstimmung mit seinen Regierungskolleg*innen und stellte eine Fortsetzung der Diskussionen in anderem Rahmen ebenso wie den Kontakt zur neuen Bundesregierung hinsichtlich einer eventuellen Novellierung in Aussicht.